

Informationspflicht gemäß Art 13 und Art 14 DSGVO

Wir informieren hiermit die Betroffenen:

- Der Name und die Kontaktdaten des Verantwortlichen:

**Rechtsanwaltskammer Burgenland, Marktstraße 3, 7000 Eisenstadt,
Tel. 0720/211 990, Fax 0720/211 991, E-Mail: rak.bgld@aon.at**

- Die Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten lauten:
Mag. Michael Schuszter
E-Mail: schuszter@anwalt-bgld.at

Die personenbezogenen Daten werden zu folgenden Zwecken verarbeitet:

- Lieferantenverwaltung
- Finanzbuchhaltung/Rechnungswesen
- Bewerbungs- und Qualitätsmanagement
- Marketing für eigene Zwecke
- Aktenverwaltung/Büroautomation/Verwaltung
- Veranstaltungsmanagement
- Assetmanagement
- Mitgliederverwaltung
- Großschadenversicherung
- Beschwerden/Disziplinarverfahren/Schlichtungsverfahren/Honorarprüfungen
- Überwachung der Pflichten der Mitglieder
- Medien- und Öffentlichkeitsarbeit
- Rechtsanwaltlicher Bereitschaftsdienst / Erste anwaltliche Auskunft
- Verfahrenshilfe
- Anwaltliches Treuhandbuch
- Verwaltungsverfahren
- Versorgungseinrichtung

Es werden folgende personenbezogene Daten verarbeitet:

- Stammdaten inkl. Kontaktinformationen wie Adresse, Telefon, Mail, Fax, UID-Nr.
- Kennzeichen (etwa ERV, DVR-Nummer, ADVM-Code, CIN, Signaturen)
- Mitgliederinformationen (etwa Funktion, Tätigkeitsgebiete, Ausbildungen)
- Bankverbindungsdaten
- Abrechnungsdaten
- Leistungsdaten
- Daten über Buchhaltung und Controlling
- Vertragsdaten
- Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen
- Gegenstand der Lieferung- oder Leistung
- Beiträge (Umlagen)
- Fähigkeiten und Kenntnisse sowie Qualifikationen und Informationen zum beruflichen Werdegang im Bewerbungsverfahren

- Umfragedaten
- Produkt- und Nachfrageinteressen
- Organisationsdaten (Termine, Anmeldefristen, Tagesordnungen, Ankündigungen von Veranstaltungen)
- Unterlagen und Korrespondenz zu den Geschäftsfällen
- Protokolle / Beschlüsse / Urteile / Bestellungsbeschlüsse samt grundlegender Informationen über das Gerichtsverfahren
- Verfahrensdokumentation
- Entscheidungen
- Im Anwaltlichen Treuhandbuch die Daten über die Treuhandschaft samt Kontoinformationen sämtlicher Beteiligter, steuerrechtliche Daten, Ausweise und Zahlungsinformationen

Personenbezogene Daten werden für folgende Dauer aufbewahrt:

Personenbezogene Daten von Mitgliedern und ehemaligen Mitgliedern die zur Feststellung eines Leistungsanspruches aus der Versorgungseinrichtung dienlich sind, werden unbegrenzt aufbewahrt.

Prinzipiell werden personenbezogene Daten nicht länger aufbewahrt, als dies für die jeweiligen Verarbeitungszwecke nötig ist.

Das bedeutet, dass diese jedenfalls für die Dauer der Bearbeitung des Geschäftsfalles und darüber hinaus abhängig von verbleibenden Gründen weiter aufbewahrt werden. Weitere Gründe und dazugehörige Fristen sind abgabenrechtliche Aufbewahrungsfristen (in der Regel sieben Jahre ab Schluss des Kalenderjahres) und die Evidenzhaltung von Unterlagen als Beweise für den Fall rechtlicher Auseinandersetzungen (bis zu 30 Jahren gemäß dem Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch – „lange Verjährungsfrist“).

Die betroffene Person hat das Recht auf Auskunft über die gespeicherten Daten gemäß Art 15 DSGVO, auf Berichtigung unzutreffender Daten gemäß Art 16 DSGVO, auf Löschung von Daten gemäß Art 17 DSGVO, auf Einschränkung der Verarbeitung von Daten gemäß Art 18 DSGVO, auf Widerspruch gegen die unzumutbare Datenverarbeitung gemäß Art 21 DSGVO sowie auf Datenübertragbarkeit gemäß Art 20 DSGVO.

Sofern die Verarbeitung aufgrund einer Einwilligungserklärung erfolgt, hat die betroffene Person die Möglichkeit, diese jederzeit zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird.

Der Betroffene hat das Recht, sich bei der Aufsichtsbehörde zu beschweren – zuständig ist in Österreich die Datenschutzbehörde.

Wir geben im Rahmen der Erhebung der Daten bekannt, sollte die Bereitstellung der personenbezogenen Daten für die betroffene Person gesetzlich oder vertraglich vorgeschrieben oder für einen Vertragsabschluss erforderlich sein. Gleichzeitig geben wir bekannt, ob die betroffene Person verpflichtet ist, die personenbezogenen Daten bereitzustellen und welche möglichen Folgen die Nichtbereitstellung hätte.

Eine automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling erfolgt nicht. Sollten personenbezogene Daten für einen anderen Zweck verarbeitet werden als den, für den die personenbezogenen Daten erhoben wurden, haben wir diese Informationen über diesen anderen Zweck der betroffenen Person bekanntgegeben.

Sollten die personenbezogenen Daten nicht bei der verantwortlichen Person erhoben worden sein, sondern bei einem Dritten, wird der Verantwortliche neben den oben angegebenen Informationen die betroffene Person nach Erhebung der personenbezogenen Daten darüber informieren, aus welcher Quelle die personenbezogenen Daten stammen und gegebenenfalls, ob sie aus öffentlich zugänglichen Quellen stammen.

Sollten die personenbezogenen Daten nicht beim Betroffenen selbst erhoben worden sein, muss der Verantwortliche die betroffene Person nicht informieren, wenn die betroffene Person bereits über die Informationen verfügt, die Erteilung der Informationen unmöglich ist oder einen unverhältnismäßig hohen Aufwand erfordern würde, die Erlangung oder Offenlegung durch Rechtsvorschriften, denen der Verantwortliche unterliegt, ausdrücklich geregelt ist oder die personenbezogenen Daten einem Berufsgeheimnis einschließlich einer satzungsgemäßen Geheimhaltungspflicht unterliegen und daher vertraulich behandelt werden müssen.